

Auf Kredit gespeist und getrunken

SPIEGEL-Redakteurin Renate Merklein über die internationale Schuldenkrise



International Herald Tribune

Kaum ein anderes Weltproblem, Rüstung und Abrüstung ausgenommen, ist so bedrückend. Wie eine düstere Bedrohung zumindest für den Wohlstand, in manchen Teilen dieser Erde aber auch für Leib und Leben, hängt die internationale Schuldenkrise über der Weltwirtschaft.

Die eigentlich völlig friedliche internationale Verstrickung, die im Laufe der 70er und frühen 80er Jahre durch zunehmende Kreditvergabe und -nahme über die Grenzen hinweg entstand, gilt unterdes als so explosiv, daß sie heute zuweilen „die Schuldenbombe“ genannt wird. Bedroht sind dabei beide, die Schuldnerstaaten, im wesentlichen die Länder der Dritten Welt, wie auch die Gläubigerationen – das sind die reichen Völker des Westens.

Daß so freundschaftlich-harmlose Beziehungen wie das Leihen und Verleihen von Geld mittlerweile ein gefährliches Explosionspotential entstehen ließen, liegt zunächst an der schieren Masse des Kapitals, das ge- und verborgt wurde.

Die Auslandsverbindlichkeiten der Entwicklungs- und Schwellenländer haben sich per Ende 1985 nach einer Schätzung der Weltbank auf 970 Milliarden Dollar belaufen – rund das Achtfache des Betrages, den sie vor zwölf Jahren erreichten. Der größte Teil davon – über 500 Milliarden – wurde bei privaten Geschäftsbanken, der Rest meist bei

staatlichen Institutionen des industrialisierten Westens aufgenommen. Allein die jährlichen Zinsverpflichtungen der Entwicklungsländer sind von 1977 bis 1985 von ehemals 15 auf 76 Milliarden Dollar gewachsen.

Schlimmer noch: Das Auslandskapital ist größtenteils nicht von einer Vielzahl einzelner privater Unternehmen innerhalb dieser Staaten zur Finanzierung konkreter Projekte aufgenommen worden, was die Risiken weiter gestreut und die Gefahr von Kreditkrisen unwahrscheinlich gemacht hätte. Der überwiegende Anteil, 83 Prozent der gesamten Auslandsschulden aller Entwicklungsländer, ist vielmehr von staatlichen Stellen eingegangen oder verbürgt worden.

Die Masse dieser weitgehend staatlichen Schuldenlast konzentriert sich zudem auf wenige Länder. Auf die zwölf größten Schuldner, darunter Brasilien, Mexiko, Argentinien, Chile, entfallen 61 Prozent aller berichteten Schulden. In der Kreide stehen diese Staaten mit jeweils zig Milliarden Dollar bei einem relativ kleinen Kreis von Großbanken.

Das vor allem ist es, was die internationalen Kredit-Verstrickungen so sehr bedrohlich und jene Schreckensvisionen vom großen Weltwirtschaftskrach zur realen Gefahr gemacht hat: Nun lebt die Bank- und Wirtschaftswelt mit der Angst vor dem Ernstfall, der schon einträte, wenn nur ein einziges der Hauptschuld-

nerländer seinen Bankrott erklärte, also mitteilte, daß es seine Kredite niemals mehr zu verzinsen, geschweige denn zurückzahlen gedenke. Denn gleich mehrere Großbanken wären dann pleite, was – bei der heutigen internationalen Verflechtung des Bankenapparates – sofort auch in anderen Ecken der Welt weitere Kreditinstitute, schließlich das gesamte Finanzsystem in Schwierigkeiten brächte. Und das bedrohte dann auch den Bestand vieler Produktionsunternehmen und deren Arbeitsplätze.

Wie erdumspannend der Zusammenbruch des Kreditsystems im Gefolge internationaler Verschuldung ausfallen und wie verheerend solch eine Kettenreaktion im Bankgewerbe für den normalen Bürger sein kann, das hat die große Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 bewiesen: Eine normale, wenn auch außergewöhnlich tiefe Rezession wurde damals durch Bank- und Kreditkrisen und die dadurch erzeugte Liquiditätsklemme zur katastrophalen Depression, die den Welthandel auf ein Drittel seines zuvor erreichten Volumens herabdrückte, das Volkseinkommen der kapitalistischen Länder schlagartig um 20 bis 25 Prozent reduzierte und allein in Deutschland bis zu einem Drittel aller Arbeitnehmer stellungslos machte.

Auf welche Art die Sprengkraft der heutigen Schuldverflechtung entschärft werden könnte, das ist bei den Akteuren

noch immer umstritten. Bislang hangeln sich die Gläubiger und die Schuldner durch Moratorien, durch Umschuldungen, über den Abgrund. 57 Staaten, darunter allein 24 und damit fast alle lateinamerikanischen und karibischen Länder (dabei auch Kuba), gerieten seit Anfang der 80er Jahre in Zahlungsschwierigkeiten und wurden bisher vor dem offiziellen Bankrott nur gerettet, weil ihre Gläubiger eine Streckung der Tilgung, teilweise sogar eine Stundung der Zinsen zugestanden.

Alle diese Länder hatten im Außenhandel nicht genug Devisen verdient, um ihren in Dollar, Mark, Pfund oder Yen zu begleichenden Schuldendienstverpflichtungen nachzukommen. Und sie fanden auch niemanden mehr, der ihnen die fehlenden Devisen borgte, da ihre

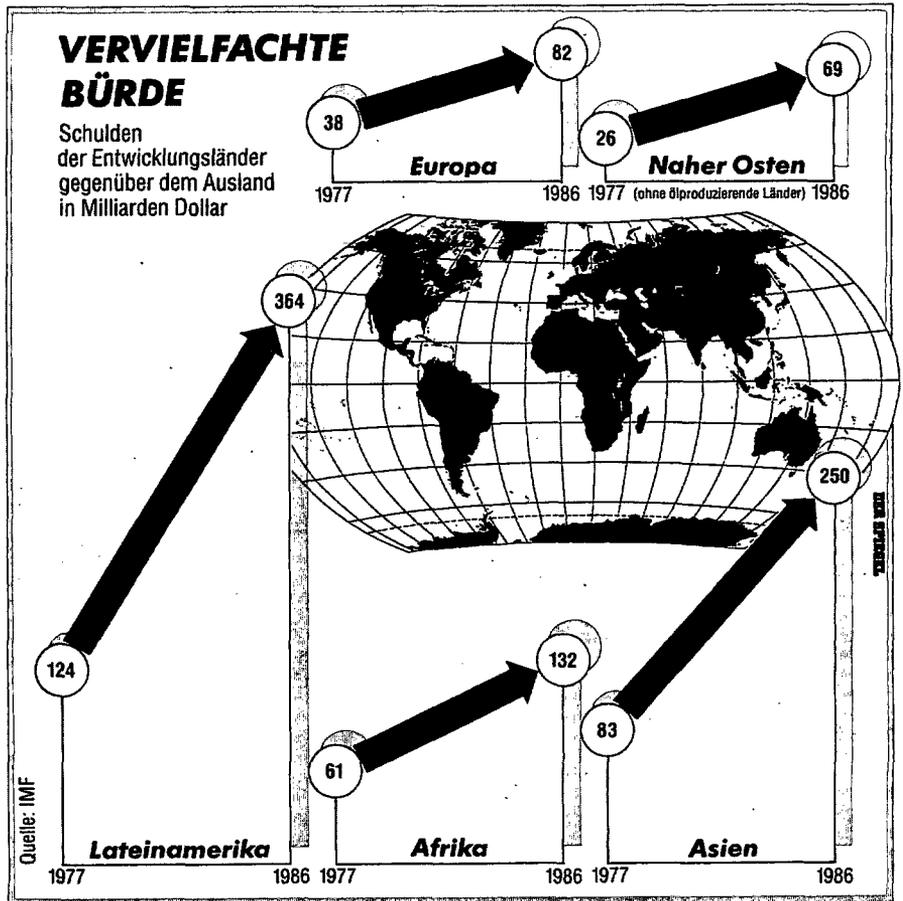


Mexikos Finanzminister Silva Herzog
Schon wieder im Notstand

Auslandsschulden in den Jahren zuvor weitaus schneller als ihre Zahlkraft gestiegen war – so viel schneller, daß sich der Anteil der Auslandsverbindlichkeiten an ihrem Bruttosozialprodukt zwischen 1977 und 1985 von durchschnittlich 27,6 auf 44,8 Prozent erhöhte. (Bei den Schuldnern ohne Probleme stieg diese Quote nur von 22,3 auf 29,3 Prozent.)

Ein Teil dieser manchmal schon mehrfach geretteten Schuldnerstaaten steuert nun erneut auf Zahlungsschwierigkeiten zu. Allen voran der Ölstaat Mexiko, mit Auslandsverbindlichkeiten in Höhe von 97 Milliarden Dollar der zweitgrößte Schuldner der Welt. Das Land, das 1982 in einer dramatischen Aktion vor der Pleite gerettet werden mußte, läuft wegen der nun sinkenden Ölpreise schon wieder auf einen „Notstand“ zu (so Mexikos Finanzminister Jesús Silva Herzog).

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostizierte, daß auch 1986



eine ganze Reihe von Schuldnerstaaten in Schwierigkeiten gerate. Umschuldungen in ähnlichem Umfang wie 1985 würden auch im laufenden Jahr wieder fällig.

Ob durch solche Moratorien mehr als nur ein bißchen Zeit gewonnen wird, weiß derzeit niemand. Gewiß ist allerdings: Unschuldig an der prekären Lage sind jene nicht, die nun zuvörderst als Betroffene erscheinen.

Weder die Bankiers, die nun um ihre Forderungen und um ihre wohldotierten Positionen bangen, noch die Schuldner, die jetzt stets über ihre hohen Lasten jammern, gerieten nur durch Schicksalsschlag in ihre heutige Bredouille.

Der Anstoß zu ihrer nun nicht mehr als glücklich geltenden Kredit-Verbindung kam allerdings zunächst von außen: die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) gab ihn, als sie 1973/74 die Ölpreise vervierfachte, damit eine tiefe weltweite Rezession hervorrief und überall die herkömmlichen Produktionsapparate schlagartig unrentabel, folglich erneuerungsbedürftig machte.

Ein Schub an Bankkrediten für Entwicklungsländer galt damals allenthalben als sehr hilfreich, ja als unvermeidlich, um den Schaden, den die Scheichs verursacht hatten, zu begrenzen.

„Recycling“ (zurückschaukeln) hieß damals das Zauberwort bei allen, die sich professionell um die Weltwirtschaft kümmern. Und gemeint war damit: die Banken sollten die bei ihnen deponierten

Ölmilliarden der Scheichs auf dem Kreditweg in jene Länder zurückschaukeln, denen das Geld zuvor durch die Energieverteilung abgepreßt worden war. Das Recycling sollte den von der Opec besonders schwer gebeutelten Staaten der Dritten Welt helfen, jene abrupte Kürzung ihrer Investitions- wie Konsumausgaben und ihrer Importe zu vermeiden, die sonst unweigerlich die Folge der schlagartigen Energiepreis-Erhöhung gewesen wäre.

Verborgt wurde dann freilich weit mehr als nur das umzuschaukelnde Öl-geld. „Das Recycling von Ölgeldern“, so der ehemalige Präsident der Bundesbank

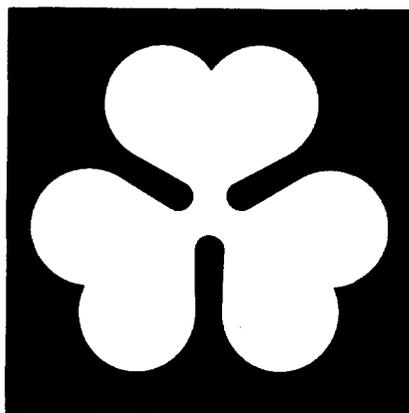
Kapital von außen ist stets Segen, niemals Fluch

Otmar Emminger, „erklärt nur einen Bruchteil der explosiven Kreditausweitung des internationalen Bankgeschäft“.

Die Bankiers, die so gern die Rolle des Mahners zur Vorsicht übernehmen, bewiesen in eigener Sache erheblichen Leichtsinns. Sie haben das sogenannte „sovereign risk“, das Risiko bei Ausleihungen an souveräne Staaten, bei weitem unterschätzt und deshalb an einzelne Regierungen Summen verpumpt, die einen beträchtlichen Teil ihres Eigenkapitals ausmachen.

Die Schuldnerstaaten wiederum, deren Repräsentanten allenthalben die Un-

Irland



Fliegen – typisch irisch

Sie gehen an Bord – und schon erleben Sie echte irische Atmosphäre. Umgibt Sie irische Gastfreundschaft – Irland hoch über den Wolken. Ein Zwei-Stunden-Flug...

Als nationale irische Fluggesellschaft haben wir die meisten Verbindungen zwischen Deutschland und der Grünen Insel. Und das seit 30 Jahren.

Tägliche Direktverbindungen

ab Düsseldorf, Frankfurt und München. Mit guten Anschlußverbindungen. Maßgeschneiderte Angebote für Ferienflieger und für Autofahrer:



PEX-Tarif
jetzt ab DM **732,-**



Starke Ermäßigungen für Kinder, Jugendliche und Studenten. Wohntarife für Kurzurlauber. Aer Lingus Executive Class für Geschäftsleute – mit noch mehr Komfort. Und 50% Nachlaß für den Ehepartner.

Fragen Sie Ihr Reisebüro nach

Aer Lingus
Irish Airlines

6000 Frankfurt, Telefon: (069) 29 20 54
4000 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 8 02 31/2

gerechtigkeit des Weltwirtschaftssystems oder auch bloß die USA für ihre Nöte verantwortlich machen, haben sich ihre schlechte Lage weitgehend selbst eingebrockt. Für sie waren die vielen Kredite, die sie im Laufe der 70er und der frühen 80er Jahre erhielten, zunächst eine riesige Chance. Sie bekamen damit nicht nur das Geld auf dem Kreditweg zurück, das ihnen durch die zwei drastischen Ölpreiserhöhungen der Jahre 1973/74 und 1979/80 vom Opec-Kartell abgepreßt worden war, was die Anpassung an die erhöhten Energiekosten erleichterte.

Sie erhielten über das „Recycling“ hinaus viele Milliarden an zusätzlichem Kapital von außen. Und Kapital von außen ist nie ein Fluch, ist stets nur Segen für noch relativ arme Länder. Denn das schafft die Möglichkeit, mehr zu investieren, mehr Wohlstand für mor-

Münzen mit verringerter Kaufkraft zurückgezahlt werden konnte – ein Zustand, den allerdings nur leichtfertige Schuldner für dauerhaft halten konnten.

Unterdes sind die realen Dollarzinsen nicht nur auf positive Werte, sondern zunächst sogar auf ein Nachkriegs-Hoch (7,2 Prozent) gestiegen. Und sie liegen auch jetzt noch bei vier Prozent, was im Vergleich zu früheren, in den 60er Jahren etwa erreichten Sätzen als nicht gerade niedrig gilt.

Als noch fataler erwies sich die Art, wie die Schuldnerstaaten die aufgenommenen Gelder verwendet haben. Dabei ist allerdings der Vorwurf, den nun Bankiers zuweilen erheben, falsch – der Vorwurf, sie hätten zu wenig von dem geborgten Kapital in Exportindustrien angelegt und verdienten daher im Außenhandel nun auch zu wenig Devisen.



Historisches Schuldnerland USA*: Rentable Anlagen für den heimischen Bedarf

gen zu säen, ohne selbst die Ersparnisse dafür durch heutigen Konsumverzicht beibringen zu müssen.

Daß sich der Zufluß von ausländischem Kapital bei einer beträchtlichen Anzahl von Entwicklungs- und Schwellenländern nun im nachhinein als schwere Last erweist, liegt an zwei Faktoren. Einer davon ist tatsächlich auf äußere Umstände zurückzuführen, die von den in Zahlungsnöten steckenden Ländern nicht zu vertreten sind: der stark gestiegene Zins.

Während der 70er Jahre waren die realen (um die Inflationsrate bereinigten) Zinsen für Dollarkredite extrem niedrig, nämlich negativ, was bedeutete: Jeder als Leihkapital aufgenommene Dollar kostete realiter nicht nur gar nichts, sondern brachte etwas ein, da er in

Denn das historisch erfolgreichste Entwicklungsland der Welt, die Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts, das seine Entwicklung damals auch zu einem beträchtlichen Teil mit Auslandsgeldern finanzierte, hat dieses Kapital auch zunächst nicht vorwiegend in devisenbringenden Exportindustrien angelegt. Die USA haben es vielmehr in noch rentablere Anlagen für den heimischen Bedarf investiert, beispielsweise in den Ausbau der (privaten) US-Eisenbahn – in Anlagen also, die nur Gewinne in heimischer Währung eintrugen, während die Zinsen oder Dividenden für die ausländischen Geldgeber in Devisen bezahlt werden mußten.

Genügend Devisen für den Schuldendienst sind in einer solchen Situation nur vorhanden, wenn sich weitere Ausländer finden, die Geld in die heimische Währung des Schuldnerlandes umtauschen,

* Eröffnung der Bahnlinie nach Kalifornien 1869.

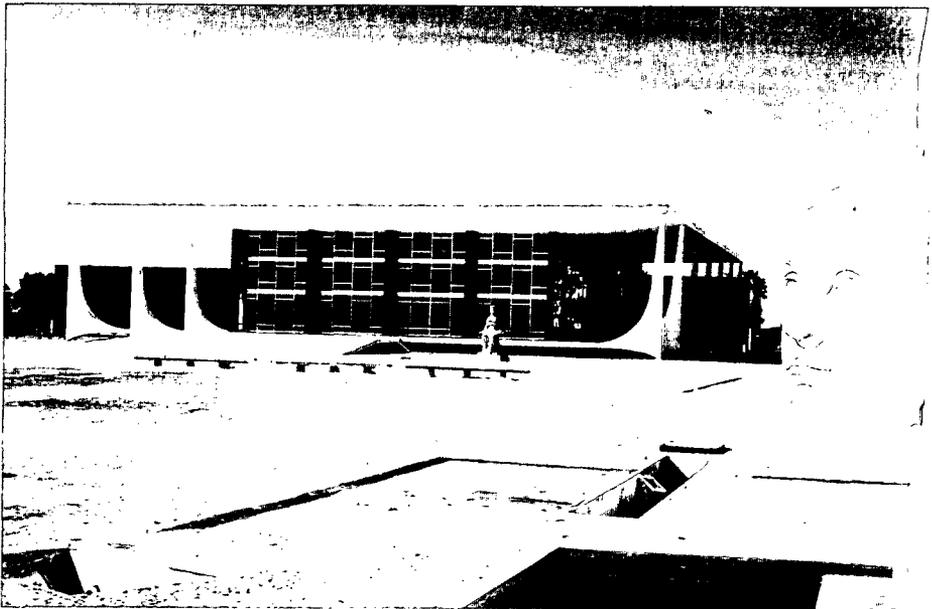


um dort heimische Wertpapiere zu kaufen oder um es jenen zu leihen, die mit heimischen Arbeitskräften und heimischem Material weitere rentierliche Anlagen für eine im Inland oder im Ausland abzusetzende Produktion aufbauen.

Bei den verschuldeten Entwicklungsländern von heute, die nun mit Zahlungsnöten kämpfen, gibt es jedoch Anzeichen genug, daß deren Machthaber zumindest einen Teil des geborgten Geldes überhaupt nicht rentabel angelegt haben, weder in den Ausbau von Exportindustrien noch in profitable Anlagen für den heimischen Markt.

Dafür, daß dies und nicht überwiegend äußere Einflüsse an den Zahlungsschwierigkeiten der 57 Problemländer schuld ist, spricht auch: Zinssteigerungen, Rezessionen, der elende Protektionismus der reichen Nationen und die Ölpreiserhöhungen (die in den Anklagen von Schuldnerstaaten allerdings kaum erwähnt werden) trafen nun wirklich alle. Und sie trafen die asiatischen Schwellenländer wie Taiwan, Hongkong, Singapur, Korea oder Malaysia nicht minder hart als Argentinien, Brasilien, Mexiko, Venezuela oder Peru.

Anders als die Lateinamerikaner bedienen die Asiaten aber mit wenigen Ausnahmen wie den Philippinen ihre auch erheblich gewachsenen Schulden (siehe Graphik Seite 163) ohne Unterbrechung pünktlich und zuverlässig. Selbst das arme Indien tut das. Die tüchtigen Chinesen auf Taiwan – ohnehin die erfolgreichste Volksgruppe der



Anlagen in heutigen Schuldnerländern*: Projekte von lächerlicher Protzigkeit

Erde, die sich mit Rekord-Wachstumsraten aus einer elendigen Startposition in die obere Einkommenskategorie durchgearbeitet hat – zahlten in den vergangenen beiden Jahren sogar ohne Not einen Teil ihrer zuvor aufgelaufenen Schulden zurück.

Ein Teil der Lateinamerikaner dagegen erhielt schon mehrfach Zahlungsschub und gilt trotzdem noch immer nicht als saniert, ebenso wie eine Reihe afrikanischer Staaten und die hochverschuldeten sozialistischen Länder Europas (Polen, Jugoslawien, Rumänien). Was die guten von den Problem-Schuldner unterscheidet, ist vor allem ihre Wirtschaftspolitik. Sie führte bei den einen zur weitgehend investiven Anlage, bei den anderen zumindest zur Teilverschwendung des geborgten Kapitals.



US-Finanzminister Baker
Frisches Geld für Problem-Schuldner

Die Länder ohne Zahlungsnöte haben die erhöhten Energiepreise und später die hohen Zinsen voll auf ihre Wirtschaft durchschlagen und auch sonst die Preise von Konsum- wie Investitionsgütern sich weitgehend frei bewegen lassen. Sie haben die Zuwachsrate der Reallöhne sak-

Das geborgte Geld wurde verzehrt oder verschwendet

ken lassen, wenn Schocks von außen kamen, und versucht, Staatsdefizite wie Inflationsraten in Grenzen zu halten.

Bei den Schuldnern, die später in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, war es genau umgekehrt. Sie produzierten schwindelerregende Inflationsraten von teilweise mehreren hundert Prozent. Und sie fuhren mit Hilfe der geborgten Auslandsgelder riesige Staatsdefizite, die in manchen Fällen, wie etwa in Mexiko, Marokko, Argentinien zu Beginn der 80er Jahre über 14 Prozent ihres Brutto-sozialproduktes erreichten (zum Vergleich: das oft und zu Recht gescholtene Staatsdefizit der USA betrug 1985: 3,9 Prozent des US-Sozialproduktes).

Sie finanzierten damit nicht vorzugsweise staatliche Investitionen, etwa im Bereich der Infrastruktur, sondern zu meist Subventionen, die nötig wurden, weil sie die Preise für Öl wie auch für importierte Nahrungsmittel und ihre internen Zinsen auf einem niedrigen Niveau fixiert hatten. Sie bezahlten damit mehr Personalkosten, weil sie die Reallöhne vor allem für eine zunehmende Anzahl an Regierungsbediensteten ständig stark gesteigert hatten – so in den meisten afrikanischen und lateinamerikanischen Problemländern.

Sie leisteten sich üppige Sozialprogramme (wie beispielsweise in Argenti-

* Links: Peruanische Pipeline; in Brasilia.

nien nach dem Ölschock 1973/74) und unrentable Prestige-Investitionen von lächerlicher Protzigkeit wie etwa in Peru, wo eine Pipeline gebaut wurde, deren Kapazität die der peruanischer Ölfelder bei weitem übersteigt.

Sie haben also das geborgte Geld zumindest teilweise verzehrt oder fehlinvestiert. Dem Schuldkonto, das sie aufgehäuft haben, stehen nun nicht genügend neue produktive Sachanlagen oder neu erworbene Qualifikationen der Bürger gegenüber, aus deren Ertrag der Schuldendienst geleistet werden könnte.

Ein Teil der Schuldnerstaaten ist damit in der Lage eines Mannes, der eine Zeitlang auf Kredit gespeist und getrunken hat und sich deshalb jetzt und in Zukunft einschränken muß, um die Ratenzahlungen aufzubringen. Leicht ist das nirgendwo. Nahezu ausgeschlossen ist es in jenen Ländern, deren Pro-Kopf-Einkommen von heute und morgen nach Abzug der auf dem Steuerweg verteilten Schuldendienstverpflichtungen unabänderlich unter das Existenzminimum fallen würde.

In solchen Fällen verschiebt eine Streckung der Schulden nur den unausweichlichen Kollaps. Die Moratorien nützen dann auf Dauer weder den Schuldner- noch den Gläubigerstaaten, verschaffen höchstens den Banken Zeit-

Die Lateinamerikaner könnten eigentlich bald reich sein

gewinn und damit die Möglichkeit, durch mähliches Abschreiben ihrer Forderungen die Kosten ihrer mangelnden Vorsicht auf die Steuerzahler der industrialisierten Länder abzuwälzen – eine vielleicht elegante, aber nicht gerade sinnvolle Lösung.

Auf Dauer nicht rückzahlfähig sind jedoch nur die ärmsten Länder, vor allem die Staaten in Afrika südlich der Sahara, die ohnehin die Sozialfälle der Welt sind. Doch die sind kaum bei Banken, vielmehr bei multilateralen oder einzelstaatlichen Entwicklungshilfeorganisationen verschuldet und erhielten von denen das Geld, das ihre Regierungen verbuttert haben, von vornherein schon halb geschenkt; denn sie bekamen das knappe Kapital zu Vorzugszinsen von oft nur zwei Prozent (nominal) per annum. Zudem ist ihnen unterdes ein Teil der Schuld erlassen worden.

Die bedeutendsten Problemschuldner, die ihre Kredite auch hauptsächlich bei den privaten Banken akquirierten, die Lateinamerikaner, aber könnten eigentlich reich sein oder es doch bald werden. Diese Länder sind allesamt nicht übervölkert, haben reichlich fruchtbares Land und beträchtliche Rohstoffvorkommen. Der Analphabetismus ist in Lateinamerika gering, die Lebenserwartung relativ hoch. In den meisten Ländern verfügt ein großer Anteil der Bevöl-

kerung von der Herkunft her über einen europäisch geprägten Erwerbssinn.

Sie haben also genug Potential, um ihr Einkommen kräftig zu steigern und um dann später daraus ihre jetzt durch Moratorien gestreckten Altschulden voll zu bezahlen. Sie brauchen keine Geschenke, kein Mitleid. Sie brauchen allerdings zum eigenen Nutzen und um Schaden von ihren Gläubigern abzuwenden, neues, marktmäßig zu verzinsendes Leihkapital, im Jargon der Finanzstrategen „fresh money“ genannt.

Denn ohne frisches Geld könnten sie auch die besten Verdienstmöglichkeiten nicht oder erst dann verwirklichen, wenn genügend eigene Ersparnisse vorhanden sein werden. Das aber könnte so langsam und mit so vielen Unterbrüchen vor sich gehen, daß Europas, Amerikas und Japans Banken kaum Aussicht hätten,

zeptieren, sich also eine „erhöhte Überwachung“ durch Weltbank- und Währungsfonds gefallen lassen.

Denn seit 1982 haben zwar die meisten der lateinamerikanischen Schuldnerstaaten ein Austerity-Programm aufgelegt, ihre Staatshaushalte und ihre Importe gedrosselt. Doch derart globale Maßnahmen reichen nicht aus, um sie auf Dauer gesunden zu lassen. Verlangt wird jetzt mehr – verlangt werden freie Preise, weniger Staatsbetriebe mit Arbeitsplatzgarantie für die dort Beschäftigten und überhaupt weniger Staat und mehr Markt in der Wirtschaft, weil nur das eine ertragreiche Verwendung des neuen Kapitals, damit eine Steigerung der Einkommen und der Rückzahlungsfähigkeit dieser Länder sichern würde.

Die Banken, die nach Bakers Plan während der nächsten drei Jahre 20



Opec-Konferenz 1974: Anstoß zur Verschuldungswelle

ihr in den 70er und frühen 80er Jahren verliehenes Geld (genauer: das ihrer Einleger) wiederzusehen.

Auf der Erkenntnis, daß die Schuldner nunmehr neue Kredite brauchen, um ihre alten zurückzuzahlen, ruht auch der einzige Plan, der bislang zur Lösung der Schuldenkrise vorgelegt wurde: der sogenannte Baker-Plan, benannt nach dem US-Finanzminister James A. Baker III.

Nach diesem Konzept, das die Weltbank und der Internationale Währungsfonds nachträglich eingesehnet haben, sollen die 15 wichtigsten Problemschuldner – vor allem lateinamerikanische Länder – neues Geld von Geschäftsbanken und multinationalen Organisationen allerdings nur unter einer Bedingung erhalten: unter der Bedingung, daß sie ihre Wirtschaftspolitik zu reformieren geloben und dabei Aufsicht von außen ak-

Milliarden Dollar zusätzlich an ihre Problemschuldner ausleihen sollen, haben nun fast alle schon zugestimmt, auch die deutschen, die sieben Prozent dieser Summe (1,4 Milliarden) aufbringen müßten. Das Einverständnis der Schuldnerstaaten zu den Bedingungen, die sie als Preis für den neuen Kredit akzeptieren sollen, steht freilich noch aus.

Das Ganze hat ohnehin einen Haken: „Erhöhte Überwachung“ wäre auch bei den Gläubigerstaaten angebracht. Denn die sind gerade dabei, mit verschärfter Subventionitis, mit mehr tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen die Verdienstmöglichkeiten aller Entwicklungsländer und damit auch ihre bislang noch gesunden Schuldner zu gefährden.

Wie erfolgreich der Baker-Plan auch sein mag: Die Schuldenbombe tickt weiter. ◆